

ÖKOSTEUERNEWS 23 – SEPTEMBER 2003

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

GREEN BUDGET GERMANY

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>
Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 foes@foes-ev.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	1
2.	ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	4
3.	ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL	8
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER	9
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND	9
6.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL	15
7.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	18
8.	JOBS.....	19
9.	LINKS UND PUBLIKATIONEN.....	20
10.	VERANSTALTUNGEN.....	20
11.	FÖS: IN EIGENER SACHE	25

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der Ökosteuer und Leser des ÖSN,

Die Diskussion um die Fortführung der Ökologischen Steuerreform gewinnt wieder an Fahrt. Führende Politiker von Bündnis 90/Die Grünen haben sich in letzter Zeit für eine Weiterentwicklung aus-

gesprochen, nicht unbedingt zur Freude der Industrie und des Bundeskanzlers. Auch in Sachen Windenergie vs. Atomenergie gab es in den letzten Wochen viele Diskussionen. Genug Stoff also für einen

informativen Newsletter. Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über

Rückmeldungen und Reaktionen! Ihr FÖS-Team

Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft

Am 11.09.03 10:00 bis 17:00 im Umweltbundesamt in Berlin

Veranstaltung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. und des Fördervereins Ökologische Steuerreform zum „Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ im Umweltbundesamt.

Das ausführliche Programm finden Sie hier: <http://www.foes-ev.de/110903Programm.html>

Das Anmeldeformular gibt es hier: <http://www.foes-ev.de/ANMELDEF.DOC>

Von Schwarzenegger, FPÖ und Clement

[Anselm Görres]

Das Land, der Müll, das Pfand und der Spiegel

Hätte Fassbinder die Dosenpfand-Debatte erlebt, hätte er vielleicht ein ganz anderes Stück geschrieben. Deutschland einig Mülltrennland – sind wir denn eine Müllgesellschaft? Mit unserer Nationalleidenschaft des Mülltrennens wird der ausländische Reisende bereits am Ankunftsflughafen konfrontiert, wo auch mancher Inländer darüber rätselt, zu welcher von vier Müllkategorien sein persönlicher Abfall passt. Man darf sich somit nicht wundern, dass die Pannen und Probleme um Müll, Maut, und Flaschenpfand auch bei Medien und Opposition vielerlei Spott und Hohn produzieren. Ein typisches Beispiel dazu der Artikel des Spiegeljournalisten, der mit Kritik an Trittins Flaschenpfand-Politik nicht spart (siehe Rubrik 5).

Nur soviel dazu: Wir machen uns diese Kritik nicht zu eigen. Mit der Flaschenpfandregelung kratzt Trittin nur an der Spitze des Müllbergs, den wir täglich produzieren. Keiner hat bisher den Mut, diesem Problem wirklich zu Leibe zu rücken – gerade deswegen verdienen die bescheidenen Schritte der Regierung Unterstützung, nicht besserwiserische Häme. Es gab man eine Zeit, da gehörte das Thema Umwelt zu den wenigen, denen Spiegel eine Zynismus freie Zone reservierte. Damals gab es ausführliche, fundierte und engagierte Analysen statt spöttischer Sottisen. *Tempi passati?*

Vom Blackout zu Schwarzenegger?

Die Stromausfälle der USA sind eine Folge veralteter Technik, überhasteter Privatisierung, konservativer Regulierungsscheu und der Feigheit der Politiker, den Bürgern über die Notwendigkeit höherer

Energiepreise reinen Wein einzuschenken. Das gilt für den jüngsten Blackout an der Ostküste ebenso wie für die kalifornische Energiekrise, die das Bürgerbegehren zur Abwahl von Governor Gray auslöste. Wären die Demokraten etwas mutiger, könnte daraus für das ganze Land etwas Gutes erwachsen, zum Beispiel eine konstruktive Energiedebatte. Derzeit muss man wohl eher den politischen Blackout in Person von Arnie Schwarzenegger fürchten.

Von der Sozialen zur Öko-Sozialen Marktwirtschaft

Am 11. September diskutieren wir darüber in Berlin, zusammen mit der Stiftung Ökologie und Politik (nähere Informationen: <http://www.foes-ev.de/110903Programm.html>). Ein Diskussionsbeitrag von mir erscheint am 8. September im Neuen Deutschland – einer Tageszeitung, die sich seit 1989 erheblich verändern musste. Es gibt sie übrigens schon seit 1946 (<http://www.ddr-im-www.de/Aktuelles/SP100599.htm>).

Meine Kernthesen: Das Wichtigste, was wir aus der bisherigen Geschichte der Sozialen Frage lernen können, ist vielleicht dies: Verschleppte Problemlösungen kosten einen hohen Preis. Die Kämpfe, Kriege und Krisen des zwanzigsten Jahrhunderts waren in hohem Maße ein direktes oder indirektes Produkt der ungelösten Sozialen Frage. Die ökologische Zähmung des Kapitalismus ist daher die wohl wichtigste Aufgabe des 21. Jahrhunderts – so wie es in den letzten 150 Jahren seine soziale Zähmung war (siehe Rubrik 2).

Von der FPÖ lernen, heißt Ökologisieren lernen..

Wer als Deutscher auf eine Veranstaltung der FPÖ

geladen wird, bringt das eine oder andere Vorurteil mit. Mindestens einige davon hat mein Besuch bei den Barentaler Umweltgesprächen widerlegt. Zum Beispiel wusste ich zwar, dass FPÖ-Politiker – wie andere eher rechte Parteien in Europa – sich ziemlich populistisch gegen Benzinpreiserhöhung geäußert haben. Nicht geahnt hatte ich hingegen, dass das Parteiprogramm der FPÖ ein sehr fortschrittliches 13. Kapitel aufweist. Dort wird, unter anderem, eine Ökologischer Generationenvertrag und die Ökologisierung des Steuersystems gefordert. Wörtlich heißt es:

Derzeit bringt der Raubbau an der Natur Gewinn, Umweltschonung hingegen bringt noch immer kurzfristig wirtschaftliche Nachteile mit sich. Die bestehenden Instrumente der Umweltpolitik dienen lediglich der Schadensbegrenzung bzw. der Umwelt-Reparatur. Die Maßnahmen, die zum Schutz der Umwelt bisher gesetzt wurden und noch immer gesetzt werden, sind fast ausschließlich dem nachsorgenden Umweltschutz zuzuordnen. Wir wollen die von unseren Vorfahren ererbte Natur bewahren, um sie unseren Kindern lebenswert zu übergeben.

Um Kostenanreize zur Erhaltung der grundlegenden Stabilität der Biosphäre zu schaffen, welche durch Rohstoffverbrauch, Energiebedarf, Landschaftskonsum und Nutztierhaltung gefährdet wird, ist die Ökologisierung des Steuersystems erforderlich. Der Faktor Arbeit muss billiger und der Faktor Umwelt muss teurer werden.

Die Etablierung eines ökologischen Steuersystems ist der erste Schritt in Richtung Anerkennung und Erhalt intakter Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen. [Es] sieht Steuern/ Abgaben/ Gebühren für Güter und Erzeugungsverfahren vor, die Umweltbelastungen verursachen. Die Einhebung erfolgt aufkommensneutral, d. h. im gleichen Maß, wie Umweltabgaben eingehoben werden, werden auf der anderen Seite beispielsweise die lohnabhängigen Steuern verringert. Der Lenkungseffekt von Ökosteuern schafft für Produzenten und Konsumenten gleichermaßen den finanziellen Anreiz, Schadstoffe zu verringern. Eine Ökosteuer als Lenkungsabgabe bringt verschiedene Vorteile.

Quelle: <http://www.fpoe-ktn.at/partei/programm/programm13.htm>

Nicht nur das Programm, auch das Seminar selbst überraschte durch eine Vielzahl interessanter Beiträge, unter anderem von Robert Lugar (Wien), Andreas Krämer (Ecologic Berlin, <http://www.ecologic.de>) und Herbert Greisberger von ÖGUT (Wien), unserem Partner beim europäischen Newsletter (<http://www.oegut.at>). Besonders eindrucksvoll war der Vortrag von Prof. Hans-Peter Aubauer, einem Physiker aus Wien, der schon seit 1977 für die Ökologische Steuerreform eintritt.

Im Vergleich zur deutschen FDP (von der zu diesem Thema eigentlich gar nichts mehr kommt) kann sich die FPÖ in der Umweltdebatte somit durchaus sehen lassen. An der Widerlegung anderer Vorurteile muss die FPÖ noch etwas arbeiten. Gegen Brüssel, Globalisierung, USA und amerikanische Juden fielen einige spitze Bemerkungen, wie ich sie auf offiziellen Veranstaltungen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien noch nicht erlebt habe.

Inclement Weather

In Amerika macht man für Veranstaltungen im Freien einen Inclement Weather Plan, also einen Schlechtwetter-Notplan. Äußerst unmilde in Sachen Klima, Wind und Umwelt präsentiert sich leider immer wieder unser Superminister für Arbeit und Wirtschaft, Wolfgang Clement. Man muss nicht boshaft wie die taz

(www.taz.de/pt/2003/08/26/a0182.nf/text) von "Hackfresse" und "Muffelface" sprechen. Doch unübersehbar ist, dass Clement seit Jahren keine Gelegenheit auslässt, um zu zeigen, wie wurscht ihm Umweltanliegen sind. Sein Einsatz für die Kohle und die Hersteller von Aludosen bleibt unvergessen, jetzt legt er sich noch mit der Windkraft an, die in Deutschland mehr Arbeitskräfte schafft als die Kernenergie. Im Bereich der Erneuerbaren Energien arbeiten inzwischen 130.000 Menschen, mehr als in der Kernenergie und Kohlewirtschaft zusammen. Es mag eine Klientel geben, für die Umweltfeindlichkeit als Ausweis der Wirtschaftsfreundlichkeit gilt. Aber muss der Minister einer rotgrünen Koalition sich wirklich an solchen Dinosauriern orientieren? Nichts schmückt den Fürsten mehr als Clementia, so Tacitus. Bitte also künftig etwas milderen Umgang mit der Umwelt, Herr Clement!

Schließlich noch ein schönes Zitat von George Bernard Shaw:

„Der vernünftige Mensch passt sich an die Welt an; der unvernünftige besteht darauf, dass sich die Welt ihm anpassen soll. Aus

diesem Grund hängt jeder Fortschritt von dem unvernünftigen Mann ab“

2. ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Ökosteuer erhöhen, wenn Industrie Klimaziele verfehlt

[Thorsten Knuf, Kerstin Krupp, Berliner Zeitung, 13.08.03] Zwischen dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) ist ein heftiger Streit um den künftigen Kurs in der Energie- und Klimapolitik ausgebrochen. Der BDI wies in scharfer Form die Drohung Trittins zurück, die Ökosteuer für Unternehmen zu erhöhen. Gleichzeitig forderte der Verband Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) auf, derartige Vorstöße seines Ministers zu unterbinden. "Die Absprachen zum Klimaschutz sind mit der Bundesregierung und nicht mit Herrn Trittin allein getroffen worden", sagte der Chef der BDI-Abteilung Energiepolitik, Niels Lau, der Berliner Zeitung.

Zudem seien die Einlassungen des Ministers kontraproduktiv, da sie die Bemühungen einzelner Unternehmen um eine Reduktion des Kohlendioxid-Ausstoßes beeinträchtigen könnten. Die Wirtschaft würde es lieber sehen, wenn die Bundesregierung in Energie- und Klimafragen das direkte Gespräch suchen würde, sagte Lau weiter. "Der Dialog ist der bessere Weg als jetzt mit der Keule zu kommen". Trittin hatte zuvor im Gespräch mit der Berliner Zeitung damit gedroht, die Vergünstigungen für Firmen bei der Ökosteuer zu streichen. Dieser Schritt könne notwendig werden, wenn es der Industrie nicht gelinge, den Ausstoß des Klimakillers CO₂ im zugesicherten Maße zu verringern. Bisher wird diese Selbstverpflichtung damit belohnt, dass die Industrie nur 60 Prozent des normalen Ökosteuerersatzes zahlt. Beim BDI hieß es, die Industrie werde selbstverständlich ihren Verpflichtungen nachkommen und bis 2005 ihren CO₂-Ausstoß um 28 Prozent sowie bis 2012 um 35 Prozent reduzieren. Da feste Termine existierten, stehe eine Steuererhöhung jetzt nicht zur Debatte. "Wenn, dann müsste Herr Trittin mindestens bis 2005 damit warten", sagte Lau.

Der Experte sagte weiter, dass der Bundesregierung nach Auffassung der Industrie eine klare Strategie

für die Energie- und Klimapolitik fehle. So sei überhaupt nicht klar, wie die Selbstverpflichtung der Wirtschaft, die Ökosteuer sowie die Förderung erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung mit dem geplanten europaweiten Handel von Emissionsrechten verknüpft werden soll. "Die Instrumente sind bisher nicht kompatibel. Es fehlt der Masterplan", bemängelte Lau. In den Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen wurden ebenfalls Forderungen nach einer einheitlichen Strategie laut. Anlass ist das Spitzentreffen des Kanzlers mit den Chefs der vier größten deutschen Stromversorger. An ihm werden auch Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) sowie der Chef der Energiegewerkschaft IG BCE, Hubertus Schmoldt, teilnehmen. Umweltminister Trittin, der für erneuerbare Energien zuständig ist, ist nicht eingeladen. "Es muss klar werden, wie die künftige Energiestruktur in Deutschland aussehen soll", sagte SPD-Fraktionsvize Michael Müller. Dabei müsse es einen Mix geben aus effizienten Kraftwerken, Ökostrom und Energiesparen. Bis 2020 müsse jedes zweite Großkraftwerk aus Altersgründen abgeschaltet werden. Für die Energiebranche stehen jetzt Entscheidungen über Neuinvestitionen in Höhe von bis zu 40 Milliarden Euro an. "Die alten, auf Kohle basierenden Strukturen dürfen nicht zementiert werden." Grünen-Fraktionsvize Reinhard Loske forderte eine klare Verbindung von Klimaschutz- und Energiepolitik. "Die Regierung soll in den nächsten zwölf Monaten eine integrierte Strategie beider Politikfelder vorlegen", sagte er. Mit Blick auf den Energie-Gipfel beim Kanzler ergänzte Loske: "Es kann nicht angehen, dass wie beim Atomkonsens Absprachen zwischen der Regierung und der Großindustrie getroffen werden." Loske sieht in dem Treffen den Versuch der Stromkonzerne, politische Garantien für den Bau neuer Kohle-Großkraftwerke zu erhalten. "Diese Art von Politik ist völlig unakzeptabel." Dieses Vorgehen würde die bereits beschlossenen Klimaziele in weite Ferne rücken und

das Parlament faktisch ausschalten. Der Bundestag hatte beschlossen, den Ausstoß klimaschädlicher

Gase bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent und bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent zu senken.

Grüne wollen die Ökosteuer erhöhen - Erlöse sollen in ökologische Projekte fließen

[Martin Lutz, Die Welt, 15.08.03] Die Grünen wollen die Ökosteuer weiter erhöhen. Der umweltpolitische Sprecher der Fraktion im Bundestag, Winfried Hermann, schlägt einen "maßvollen" Anstieg von ein bis zwei Cent pro Liter Normalbenzin und Diesel vor. Ziel sei, den Energieverbrauch weiter zu verringern. "Die Zeichen des Klimawandels sind unübersehbar. Dagegen muss etwas getan werden", sagte Hermann der WELT. Der Grünen-Politiker schlug gleichzeitig vor, mit den Erlösen aus der Steuer künftig auch ökologische Projekte zu finanzieren. Bislang fließt das Geld nahezu vollständig in die Rentenkasse.

Mit dem Vorschlag wollen die Grünen die "ökologische Lenkungswirkung" der Steuer gewährleisten, wie Hermann sagte. Deshalb solle die Fortentwicklung nicht den Experten von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) überlassen werden. Jedoch Eichel und Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) lehnten es hingegen ab, die Ökosteuer nochmals zu erhöhen. "Ich bin strikt dagegen, jetzt irgendwelche Steuererhöhungsdebatten zu führen", so Eichel. Stattdessen müsse der Weg des Subventionsabbaus konsequent weiter beschritten werden. Trittin unterstrich, dass er eine Erhöhung "in der jetzigen Situation für völlig falsch" halte. Das Kabinett habe gerade erst Entlastungen bei der Einkommensteuer beschlossen. "Zu diesem Signal der Steuerentlastung passt nicht eine Diskussion zur Steuererhöhung", so Trittin. Neue Energiesysteme

müssten ausgebaut werden, weil Genehmigungen für Atomkraftwerke ausliefen und Kohlekraftwerke altersbedingt still gelegt würden. Letzteres, gepaart mit dem "unübersehbaren Klimawandel", mache den Ausbau der Ökosteuer "für die Verbraucher nachvollziehbar", glaubt Hermann. Die Vorschläge sollen in Zusammenarbeit mit Umweltverbänden und energiesparenden Unternehmen in einem Konzept zur "Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform" zusammengefasst werden. Beim Regierungspartner SPD stoßen die Pläne auf große Skepsis. Eine Erhöhung der Mineralölsteuer könne er sich im "Augenblick nicht vorstellen", sagte Fraktionsvize Michael Müller im Gespräch mit der WELT. Zunächst müsse die Koalition erst einmal Bilanz ziehen. "Die Ökosteuer hat ein großes Problem: Zwar gibt es eine ökologische Lenkungswirkung, aber es dauert sehr lange, bis Erfolge zu erkennen sind", sagte Müller.

Unterdessen droht die Industrie offenbar die Ziele zu verfehlen, die sie sich selbst gesteckt hat, um die Menge umweltschädlicher Treibhausgase zu verringern. "Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat selbst ein Gutachten in Auftrag gegeben, nach dem die Industrie es wohl nicht schaffen könnte, bis 2010 den Ausstoß an Kohlendioxid um 35 Prozent zu verringern", sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Sollte das eintreffen, würden der Wirtschaft die geltenden Vergünstigungen bei der Ökosteuer gestrichen werden.

Schmiergeld für die Wähler - Subventionsabbau gestaltet sich schwierig

Der Staat verschenkt über 100 Milliarden Euro jährlich, obwohl der Schaden stets größer ist als der Nutzen. Schichtarbeiter, Hauslehaber oder Mieter, Investor oder Sparer – für fast jeden Wahlbürger gibt es Subventionen. Von der Investitionszulage über die Steuerfreiheit der Nacht- und Feiertagszuschläge bis zur Eigenheimförderung, vom Zuschuss für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft über die Umsatzsteuerfreiheit für die Fluggesellschaften listet allein der Subventionsbericht des Bundes 251 verschiedene Finanzhilfen und Steuerbegünstigungen auf. Sämtliche Förderungen kosten den Fiskus, und damit die Steuerzahler selbst, 50 bis

150 Milliarden Euro jährlich. Jedoch nutzen die Förderungen oft gar nicht jenen, für die sie angeblich gedacht sind. Nachteil der Subventionen ist, dass die Bürger selbst dafür zahlen müssen und somit sind diese teuer, ungerecht und zudem unökologisch!

Den vollen Artikel finden Sie hier zum Download:

<http://www.foes-ev.de/downloads/SubventionenSpiegel1.pdf>

Fortsetzung:

<http://www.foes-ev.de/downloads/SubventionenSpiegel2.pdf>

Ökosteuer: Arzt am ökologischen Krankenbett des Kapitalismus?

Lehren aus der Sozialen Frage für die Umweltdebatte

[Anselm Görres] Das Bild vom Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielte in der Reformismusdebatte des 19. und des 20. Jahrhunderts eine große Rolle. Aus Sicht der Anti-Reformisten war die Unheilbarkeit des Kapitalismus erwiesen. Sozialdemokraten und andere Sozialreformer doktrierten ohne Aussicht auf Erfolg an einem todkranken System herum.

Weil der Staatssozialismus nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch gescheitert ist, treten die Kapitalismuskritiker heute weniger selbstgewiss auf. Fehlt ihnen doch der Nachweis einer funktionierenden Alternative zur Marktwirtschaft.

Dennoch bleibt die Frage nach der ökologischen Reformierbarkeit des demokratischen Kapitalismus von bedrückender Aktualität, gerade angesichts des immer deutlicher werdenden Klimawandels. Aus der Debatte um die „Soziale Frage“ lassen sich interessante Lehren für die heutige Umweltdiskussion ziehen.

In den siebziger Jahren wiederholte die westdeutsche und westeuropäische Ökologiebewegung eine Ideologiedebatte, die verblüffende Ähnlichkeit zu einer hundert Jahre früheren Debatte der europäischen Arbeiterbewegung aufwies. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein bildete die Frage nach der sozialen Reformierbarkeit des Kapitalismus die entscheidende Trennlinie zwischen Reformisten und Revolutionären. Zunächst verlief diese Linie noch innerhalb der Sozialdemokratie, später zwischen Sozialdemokraten und sozialrevolutionär oder kommunistisch geprägten Kräften.

Die Debatte ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Eindeutig widerlegt hat der Geschichtsverlauf alle jene, die die prinzipielle Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie, die Verelendung des Proletariats, die Polarisierung der Gesellschaft entlang von Klassenlinien oder gar die Unvermeidlichkeit der Revolution vorhergesagt hatten. Funktionierende Demokratien haben sich bisher nur in kapitalistisch verfassten Gesellschaften entwickelt, soziale Grenzen sind insgesamt durchlässiger geworden, Wohlstand gibt es auch für Arbeitnehmer, nur ein Bruchteil der Bürger wünscht revolutionäre Veränderungen. An vielen dieser Erfolge hatte die Arbeit sozialreformerischer Kräfte maßgeblichen Anteil.

Auf der anderen Seite bleiben soziale Ungleichheit

und Arbeitslosigkeit offenbar ungelöste Strukturprobleme des demokratischen Kapitalismus. Die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen nimmt in vielen kapitalistischen Ländern eher zu als ab. Vollbeschäftigung gibt es immer nur phasenweise, nie auf Dauer. Die Suche nach einer akzeptablen Lösung für diese Probleme bleibt eine ständige Aufgabe für all jene, die sich mit der bequemen Formel amerikanischer Konservativer vom „Ende der Geschichte“ nicht abspeisen lassen.

In der Ökobewegung verlief die Debatte über die Reformierbarkeit des Kapitalismus wesentlich kürzer, und mit einem verblüffenden Ergebnis: Viele ihrer Teilnehmer wurden zu überzeugten Marktwirtschaftlern. Zu Beginn der Umweltbewegung wies die Debatte noch stark antikapitalistische Züge auf. Zu eindeutig schien der Zusammenhang von kapitalistischer Wachstumsdynamik und zunehmender Umweltzerstörung, von profitgierigen Unternehmen und ihren „Öko-Sünden“. Hinzu kam, dass mit dem Ende der 68er Bewegung viele marxistisch geprägte Aktivisten Umweltgruppen und -parteien als neue Heimat entdeckten. In dieser Phase legte nicht nur die offizielle Umweltpolitik den Schwerpunkt auf ordnungsrechtliche Maßnahmen, also Ge- und Verbote. Auch für ihre ökologischen Kritiker stand eine Politik des „Command and Control“ im Vordergrund.

Doch mit zunehmender politischer Reife der Ökologiebewegung wuchs auch deren Sympathie für marktwirtschaftliche Instrumente. Wenn das ökologische Versagen der Marktwirtschaft nicht Ausdruck zynischer Profitgier, sondern schlicht Folge falscher Preissignale war, dann kam es in erster Linie darauf an, dem Preissystem wieder die ökologische Wahrheit beizubringen. Alles andere würde sich, nach Korrektur der falschen Preise, quasi wie von selbst ergeben.

Es entstand eine, zum Teil heute noch anhaltende, Verkehrung der politischen Fronten. Während die offiziellen Sonntagsprediger der Marktwirtschaft bei der Diskussion ökologischer Instrumente alles zu vergessen scheinen, was sie sonst über die Eleganz marktwirtschaftlicher Prozesse wissen, sind es heute oft die Ökosteuerbefürworter, die an die gewaltige Lenkungsmacht des Preissystems erinnern und preisliche Steuerung direkten Eingriffen vor-

ziehen.

Mit den Erfolgen der europäischen Ökosteuerbewegung und den ersten sichtbaren Lenkungseffekten beim Energieverbrauch wuchs auch die Zuversicht, dass der eingeschlagene Weg der richtige sei. Skepsis besteht heute nicht über die Wirksamkeit der Ökosteuer, sondern nur über ihre Durchsetzbarkeit.

An dieser Stelle ergeben sich interessante Gemeinsamkeiten zwischen den Erfahrungen aus drei Jahrzehnten Umweltbewegung und der viel längeren Diskussion der „sozialen Frage“.

Die heutigen Argumente gegen aktive Umweltpolitik und Ökosteuern ähneln den Einwänden gegen die soziale Reform des Kapitalismus oft bis aufs I-Tüpfelchen. Auch im 19. Jahrhundert wurde immer wieder behauptet, konsequente Sozialreform gefährde inländische Arbeitsplätze und nütze nur den ausländischen Konkurrenten. In Wahrheit waren es nicht zuletzt wichtige soziale Reformen, die Länder wie Großbritannien und das Deutsche Reich wirtschaftlich stark machten. Auch heute bringt intelligente Umweltpolitik den Vorreiterstaaten unterm Strich weit mehr Wettbewerbsvorteile als -nachteile.

Damals wie heute gab es eine paradoxe Übereinstimmung von reaktionären Reformgegnern und ultraradikalen Revolutionären. Beide leugneten die Reformierbarkeit der Marktwirtschaft. Die einen, weil sie am liebsten gar nichts ändern, die anderen, weil sie alles ändern wollten.

Parallelen gibt es auch bei den politischen Bündnissen, die seinerzeit den sozialen Reformprozess trugen und heute den ökologischen Wandel vorantreiben. Für die soziale Reform des Kapitalismus traten nicht nur Arbeiterparteien und Gewerkschaften, sondern auch fortschrittliche liberale und christliche Kräfte ein. Auch weit blickende Konservative bewirkten soziale Reformen, wie Bismarck mit der Schaffung der Sozialversicherung. Als ewige Blockierer erwiesen sich dagegen Wirtschaftsliberale und konservativ-reaktionäre Gruppen. An diesen Grundkonstellationen scheint sich bis heute wenig geändert zu haben. In Sachen Ökosteuer ist sogar die Haider-FPÖ weit progressiver als die Westerwelle-FDP!

Anders als Marx und vor allem seine dogmatischen Nachbeter es glaubten, gibt es keinen Geschichtsautomatismus, der aus eherner Gesetzmäßigkeit her-

aus zu eindeutigen Lösungen führt. Es scheint vielmehr so, dass die Frage, wie viel soziale Gleichheit im Rahmen einer gesellschaftlichen Ordnung möglich und wünschenswert ist, von jedem Land und jeder Generation immer wieder aufs Neue zu beantworten ist. Ähnlich dürfte es auch keine objektive, quasi naturgesetzliche Antwort auf das „richtige“ Gleichgewicht von Wirtschaft und Natur geben. Natur und Geschichte dürften uns bei der Antwort auf die „Ökologische Frage“ erhebliche Freiheitsgrade erlauben, also unterschiedliche Grade der Naturbelastung ermöglichen.

Allerdings sollten wichtige Unterschiede zwischen Sozialer und Ökologischer Frage nicht übersehen werden:

Einen Kampf gegen die Natur können wir nicht gewinnen – wir würden uns selbst am meisten schaden, wenn wir nicht früher oder später auf einen Pfad der Nachhaltigkeit umstiegen. Schon auf mittlere Sicht ist ökologische Unvernunft auch wirtschaftlicher Unsinn. Auf Dauer ist die Erhaltung der Natur und einer gesunden Umwelt ein gemeinsames Interesse aller Länder, Klassen und sozialen Schichten. Insofern ist bei der Lösung der Umweltfrage deutlich mehr Optimismus angebracht als bei der Sozialen Frage. Wir können und wir müssen Nachhaltigkeit erreichen – deshalb werden wir sie auch erreichen.

Der Kampf für eine gerechte soziale Ordnung wird wohl nie zu einem Abschluss kommen, denn um die Verteilung des Kuchens wird immer gestritten werden. Eine Gesellschaft ohne Verteilungskämpfe und soziale Konflikte wäre sogar eine sehr unschöne Utopie – denn wo Freiheit herrscht, werden auch immer konkurrierende soziale Gruppen und unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen anzutreffen sein.

Das Wichtigste, was wir aus der bisherigen Geschichte der Sozialen Frage lernen können, ist vielleicht dies: Verschleppte Problemlösungen kosten einen hohen Preis. Die Kämpfe, Kriege und Krisen des zwanzigsten Jahrhunderts waren in hohem Maße ein direktes oder indirektes Produkt der ungelösten Sozialen Frage. Die ökologische Zähmung des Kapitalismus ist daher die wohl wichtigste Aufgabe des 21. Jahrhunderts – so wie es in den letzten 150 Jahren seine soziale Zähmung war.

3. ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL

Conflicting EU green taxation trends revealed

[Environment Daily 1494, 14/08/03] Eurostat hat die Entwicklung der europäischen Umweltsteuern beobachtet. Die Umweltsteuern in den EU-Ländern sind seit 2001 stagniert, nachdem sie 20 Jahre lang gewachsen sind. Die Hälfte der EU-Länder haben inzwischen eine Umweltsteuerreform.

EU statistical agency Eurostat has reported "first signs" of a European "green tax shift". But its latest statistical overview also shows possibly more powerful trends towards marginalisation of environmental taxation despite a commitment in the EU's sixth environmental action programme to promote their use. According to Eurostat, total environmental taxes in the EU-15 countries virtually stabilised in 2001, at €237.7bn, after growing continuously for at least 20 years. The main reason was stagnation in energy taxes, which account for the lion's share of all environmental taxes. An important factor could be tax cuts and freezes introduced after road fuel tax protests swept Europe in 2000. Environmental taxes as a proportion of all taxes fell in 2001 from 6.6% to 6.5%. Environmental taxes as a share of GDP fell from 2.8% to 2.7%. Both shares were down for the second year running and both reached their lowest levels since 1992. The data further suggest a falling importance for green taxes. As Eurostat stresses, trends in such shares depend on many economic factors, including overall economic growth rates and general tax policies. It shows that labour taxes' share of all taxes fell significantly between 1995 and 1999 while en-

vironmental taxes' share was stable, effectively producing a relative, or "green" tax shift from labour to the environment in that period. However, due to economic slowdown the share of labour taxes rose again in 2001 to 45.5%. "A similar pattern is so far not discernable for environmental taxes", whose share of all taxation continued to fall, Eurostat admits. On this measure, there was actually what one could call a "brown" tax shift in 2001, even though half of EU countries now have formal environmental tax reform programmes. Eurostat then uses a different approach of measuring "effective tax rates" to conclude that, at least to 2000, there has nevertheless been an underlying green tax shift from labour to energy taxes. This is more or less the first time the measure has been used with environmental taxes, co-author Ulf Johansson told Environment Daily. Compared with energy consumption, taxes on energy rose by nearly 50% between 1991 and 2000, the data show. The average effective tax burden on labour remained virtually static over the same period. While admitting that causal links cannot be established, Eurostat nevertheless concludes that "increased environmental taxes have helped to ease somewhat the tax burden on labour". You find further information here: <http://europa.eu.int/comm/eurostat/> and <http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-product/EN?catalogue=Eurostat&product=KS-NQ-03-009--N-EN&mode=download>.

Neuseeland: Klimaschutzabgabe erwogen

The NZ Government is proposing that a levy be imposed on the agricultural sector for research into greenhouse gas emissions, in exchange for no charges on methane and nitrous oxide emissions

over the first commitment under the Kyoto Protocol.

www.climatechange.govt.nz/sp/consultation/research-levy.htm

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

Datenbank Klimaschutzprojekte

[Energieagentur NRW, 21.08.03] Klimaschutz-Akteure aus Schulen, Kommunen, Organisationen und Initiativen können ab heute ihre Klimaschutz-Projekte in eine Internet-Datenbank, dem so genannten Schaufenster für Klimaschutzprojekte, eintragen. Unter <http://www.aktion-klimaschutz.de> zeigt die Kampagne Aktion Klimaschutz, wie mit guten Ideen und Projekten Klimaschutz praktisch umsetzbar ist. Gemeinsames Ziel der Klimaschutz-Projekte soll die Minderung des Treibhausgases CO₂ sein, das bei der Verbrennung fossiler Energieträger entsteht.

Mit der Internet-Datenbank will die Aktion Klimaschutz die große Bandbreite der Klimaschutzaktivitäten in Deutschland bekannt machen. Das Schaufenster für Klimaschutzprojekte soll als Recherche- und Ideenpool fungieren, der die bestehenden Klimaschutz-Aktivitäten vernetzt, aber auch Anstöße für neue Projekte gibt. Unterschiedlichste Akteure haben ab sofort die Möglichkeit, ihre Projekte aus den Bereichen Klimaschutz, regenerative Energien, Energieeffizienz und nachhaltige Mobilität kostenlos einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und gegenseitig in Kontakt zu treten.

Gesucht sind Einträge von Projekten, die mit guten Ideen und innovativen Ansätzen, das Ziel verfolgen,

CO₂ einzusparen.

Die Klimaschutz-Projekte sollen:

- sensibilisieren und informieren
- einen CO₂-Einspareffekt erzielen
- beispielhaft, wirtschaftlich und öffentlichkeitswirksam sein
- pädagogisch wertvoll sein
- einfach von anderen übernommen und umgesetzt werden können.

Im Schaufenster für Klimaschutzprojekte sind die Projekte mit Bildern, Kurztext und Ansprechpartnern beschrieben und können thematisch sortiert werden.

Die Aktion Klimaschutz wird seit August 2002 in einer „Public-Private-Partnership“ von der Deutschen Energie-Agentur in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium und der Deutschen Bahn AG durchgeführt. Sie informiert umfassend über Wege zum aktiven Klimaschutz und motiviert mit Broschüren und Aktionen, sich am Klimaschutz zu beteiligen. Einen zusätzlichen Service bietet die kostenlose Dena-Energie-Hotline (0800-0736 734), bei der Experten Fragen rund ums Thema Energiesparen beantworten. Zusätzliche Informationen zum Thema Klimaschutz gibt es unter: <http://www.aktion-klimaschutz.de>.

5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND

Trittin: Ökostrom-Quote soll auf 12,5 Prozent steigen

[Franz Alt, <http://sonnenseite.com>, 14.08.2003] Der Anteil von Ökostrom am gesamten Stromverbrauch in Deutschland soll nach dem Willen von Bundesumweltminister Jürgen Trittin bis 2010 von derzeit acht auf 12,5 Prozent steigen. Dieses Vorhaben solle per Gesetz festgeschrieben werden, bestätigt Trittin gegenüber der ZEIT.

Um die Quote zu erreichen, will der Umweltminister Windparks auf dem Meer, Solaranlagen auf Freiflächen und große Wasserkraftwerke besonders fördern. Bis 2020 solle Ökostrom voll konkurrenzfähig

werden, sagt Trittin. "Dann nämlich werden die grünen Energien, die derzeit noch nicht marktfähig sind, im Wettbewerb mit neuen fossilen Kraftwerken die besseren Chancen haben." Bereits ab 2012 soll Strom aus Windparks auf dem Land nicht mehr kosten als Strom aus effizienten Gaskraftwerken.

Den kompletten ZEIT-Text (DIE ZEIT Nr. 34, EVT 14. August 2003) finden sie hier:

<http://www.zeit.de/2003/34/Windkraft>

Trittin: Maßnahmen gegen Ozon zeigen Wirkung - Emissionen sinken um 40 Prozent

[BMU Pressedienst Nr. 141/03, 07.08.2003] Die Politik der Bundesregierung zur Bekämpfung des Sommersmogs zeigt Wirkung. "Nötig ist es das Übel an der Wurzel zu packen. Die Emissionen der Ozon erzeugenden Stoffe müssen runter. Fahrverbote und ähnliche kurzfristig angelegte Maßnahmen sind ungeeignet, eine akute Belastung mit Ozon zu reduzieren", sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Die Bildung von Ozon sei ein komplizierter und weiträumiger Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum erstrecke.

Erfolgreicher seien Maßnahmen zur nachhaltigen Verminderung von Emissionen der so genannten Ozon-Vorläufersubstanzen im Verkehr, bei mobilen Maschinen und Geräten, bei Industrie- und Großfeuerungsanlagen sowie zur Begrenzung des Lösemittelgehaltes in Produkten. Der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg der Sommersmogbekämpfung ist erfolgreich. So ging die Zahl der Tage mit einer Überschreitung des Informationswertes von $180 \mu\text{g}/\text{m}^3$ von rund 80 Tagen Anfang der 90-er Jahre auf rund 30 Tage im Jahre 2002 zurück. Und dies, obwohl die Sommer in den 90-er Jahren sehr heiß waren, was die Ozonbildung bekanntlich erheblich begünstigt. Dies konnte erreicht werden,

weil von 1990 bis heute die Emission der für die Ozonbildung verantwortlichen Schadstoffe bereits um 40 Prozent gesenkt worden ist. Bis zum Jahre 2010 ist im Rahmen einer neuen EU-Richtlinie über nationale Höchstmengen eine Verminderung um nochmals 30 Prozent vorgesehen.

Diese Schadstoffminderungen werden dazu führen, dass die Belastung der Menschen durch Sommersmog im Vergleich zu 1990 um etwa zwei Drittel gesenkt wird. Als Folge davon werden die Schwellenwerte zur Information und Warnung der Bevölkerung auch in einem heißen Sommer nur noch selten überschritten werden. "Ohne diese Erfolge bei der Luftreinhaltung wären die Ozonwerte in diesem Sommer noch um $100 \mu\text{g}/\text{m}^3$ höher als wir sie jetzt messen. Und wir hätten nicht nach Wochen, wie in diesem Jahr, sondern bereits nach wenigen Tagen einer Schoenwetterperiode die Warnwerte überschritten", sagte Trittin.

Eine aktuelle Broschüre des BMU - "Handeln gegen Sommersmog" - ist ab sofort im Internet verfügbar unter

http://www.bmu.de/de/1024/js/download/b_broschuere_sommersmog/main.htm#.

Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene senkt Emissionen

[<http://www.germanwatch.de>] Der Güterverkehr weist im Gegensatz zum Pkw-Verkehr in Deutschland weiterhin wachsende Emissionen auf. Die Internationale Vereinigung für den kombinierten Verkehr (UIRR) legte im Juli eine Studie vor, die die Emissionsreduktion durch verstärkten Einsatz des kombinierten Güterverkehrs quantifiziert und folgert, dass die Verlagerung des Verkehrs von Straße auf Schiene ein wichtiges Instrument zur Reduktion des Treibhausgases CO_2 sei.

Germanwatch bringt eine ENDS-Meldung vom 9. Juli dazu gekürzt in eigener Übersetzung und anschließend Originalpassagen aus der UIRR-Studie:

Eine Verdopplung des kombinierten Schiene-Straße-Güterverkehrs in Europa innerhalb von zehn Jahren könnte die CO_2 -Emissionen des Frachttransports um 40% oder mehr senken, so eine vom Industrieverband UIRR in Auftrag gegebene Studie. Das Verdopplungsziel war eine Vorgabe im EU-Weißbuch zum Transport aus dem Jahr 2000.

Die UIRR-Gruppe benutzt die Studie, um eine Ver-

lagerung von mehr Fracht von der Straße auf die Schiene voranzubringen - ein Schlüsselement, um die Nutzung kombinierten Transports zu erhöhen und ein wichtiges Instrument, um CO_2 -Emissionen zu reduzieren. Aus der Nutzung des kombinierten Transports anstelle der Straße allein resultiert nach Aussage der Studie gegenwärtig eine Reduktion von 1,8 Millionen Tonnen CO_2 im Jahr. Straßen- und Schienenstrecken wurden für 20 europäische Hauptfrachtverkehrswege verglichen. Den Ergebnissen zufolge würde eine Verlagerung der Fracht auf die Schiene CO_2 durchschnittlich um 55%

verringern, verglichen mit ausschließlichem Straßentransport. 'Rollende Landstraßen', auf denen LKWs und ihre Fahrer auf der Schiene transportiert werden, würden die Emissionen immer noch um 18% reduzieren.

Die UIRR drängt die EU, 'faire und gleiche Rahmenbedingungen für alle Transportweisen einschließlich externer Kosten' zu setzen, was die Betreiber ermutigen würde, sich weniger umwelt-

schädlichen Transportweisen zuzuwenden und die Effizienz zu steigern."

Kernaussagen aus dem Original der UIRR-Studie:

"Unbegleiteter kombinierter Verkehr spart auf der Schiene verglichen mit der Straße 29% der Energie ein, die Rollende Landstraße rund 11%. Unbegleiteter kombinierter Verkehr reduziert CO₂-Emissionen verglichen zum Straßenverkehr um 55%, während KV-Ketten mit der Rollenden Landstraße eine Reduktion von rund 18% erbringen. Wenn wir die Straße als Maßstab nehmen (100%), so wird ein

Wechsel zum unbegleiteten kombinierten Schienenverkehr die Emissionen auf nur 40% reduzieren. Dies bedeutet eine Reduktion um 60%! Sogar die Rollende Landstraße mit ihrer höheren Todlast erlaubt eine CO₂-Reduktion um 23%.

Der gesamte kombinierte Verkehr vermindert die CO₂-Emissionen um jährlich ca. 1,8 Millionen Tonnen und senkt damit die Umweltkosten um 180 Millionen EUR."

Die vollständige Studie finden Sie unter http://www.uirr.com/document/news/CO2_reduction_DE_def.pdf.

Emissionshandels-Verband fordert mehr Mut zum Markt

[B.A.U.M.@news Nr.33, 08.08.2003] Die EU-Kommission plant die Herausgabe der endgültigen Fassung der Emissionshandelsrichtlinie. Diese regelt nunmehr auch die Einbeziehung von Emissionsgutschriften aus Projekten im Ausland - dem Clean Development Mechanism (CDM) in Entwicklungsländern und Joint Implementation (JI) in anderen Industrieländern.

Der Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz fordert die Kommission auf, mehr Vertrauen in den Markt zu setzen: "Eine Mengenbegrenzung von CDM und JI auf 6% der Anfangsausstattung an EU-Emissionsrechten führt zu einer Knebelung des Emissionshandels und übertriebenem bürokratischen Aufwand beim Umtausch der Emissionsgutschriften in EU-Emissionsrechte", warnt Dr. Axel Michaelowa, Vorsitzender des BVEK und Leiter des Schwerpunkts "Internationale Klimapolitik" am Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA).

"Dies kann dazu führen, dass mit wenigen Großprojekten der Marktzugang blockiert wird". Es gehe nicht an, dass nach dem Prinzip wer zuerst kommt, mahlt zuerst- Genehmigungen für Klimaschutzprojekte im Ausland vergeben werden. Mengen-Beschränkungen haben sich übrigens im Welthandelsregime als untaugliches Instrument erwiesen. Emissionsgutschriften aus CDM und JI sollen laut Kommissions- Entwurf in der EU erst ab dem Jahr 2008 genutzt werden dürfen. "Das führt dazu, dass Projektentwickler in Europa gegenüber Japan und Kanada den Anschluss verlieren, da diese den CDM bereits ab sofort nutzen können", so Dietrich Borst,

Vorstand PR des BVEK. " Die deutsche Industrie sieht ihre Interessen in Brüssel nicht mehr ausreichend vertreten; die befürchteten Wettbewerbsverzerrungen materialisieren sich jetzt."

Dies könne dazu führen, dass wie bisher, die deutsche Wirtschaft lieber abwartet, als sich aktiv einzubringen, so Borst. Tobias Koch, Vorstand für Öffentlichkeitsarbeit warnt vor negativen außenpolitischen Folgen: " Ich glaube nicht, dass eine Beschränkung von JI das richtige Signal für die russische Regierung darstellt, jetzt das Kioto Protokoll zu ratifizieren. Verärgerung und Missverständnisse kommen im falschen Moment". Koch befürchtet, dass diese Situation von der US Regierung genutzt werden könnte, das Kioto Protokoll endgültig zu Fall zu bringen.

Bis kommenden September muss Russland ratifizieren, damit das Kioto Protokoll pünktlich zum Klimagipfel in Mailand in Kraft gesetzt werden kann. Russland würde finanziell von einem Export von Emissionsgutschriften in die EU profitieren, da Klimaschutzprojekte in Russland erheblich kostengünstiger sind als in der EU. Der Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz bemüht sich um einen Ausgleich zwischen den Interessen der Wirtschaft und des Klimaschutzes. Eine zentrale Rolle dabei spielt die Aufarbeitung und Weitergabe von Informationen zur Einrichtung eines funktionierenden Emissionshandelsystems in der EU und weltweit. Der BVEK fordert die Bundesregierung auf, in Brüssel eine Einbeziehung von CDM und JI ohne Obergrenze durchzusetzen

Weitere Info: <http://www.bvek.de>

BDI macht Druck beim Emissionshandel

[Bärbel Krauß, Stuttgarter Zeitung, 07.08.03] Beim Klimaschutz soll Anfang 2005 eine neue Zeitrechnung beginnen. Dann will die Europäische Union so weit sein, den Verpflichtungen des 1997 unterschriebenen Kioto-Protokolls zum Abbau klimaschädlicher Emissionen nachzukommen. Und weil es bis Anfang 2005 nicht mehr gar so lang, die politische Willensbildung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten nicht gerade einfach und das Thema selbst zudem hochkomplex ist, entsteht allmählich Nervosität.

Deshalb macht der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) jetzt öffentlich Druck. Geschäftsführer Ludolf von Wartenberg weist nicht nur darauf hin, wie knapp die Zeit geworden ist, um die EU-Richtlinie fristgerecht umzusetzen; er beklagt außerdem die Verunsicherung der Wirtschaft, weil es im Kabinett noch keine einheitliche Position und für die Wirtschaft mithin eine "lange Liste offener Fragen" gebe.

An Wirtschaftsminister Wolfgang Clement wandte sich der Industrieverband mit der Bitte um Schützenhilfe: Er möge den Emissionshandel nicht dem federführenden Umweltminister Jürgen Trittin überlassen, weil es sich dabei in erster Linie um Wirtschaftspolitik handele. Die Ausgestaltung der Regeln werde mit darüber entscheiden, "ob der ersehnte Aufschwung kommt", setzte der BDI-Geschäftsführer hinzu.

Das Umweltministerium in Berlin hat die Vorwürfe zurückgewiesen. "Es finden ständig Gespräche mit der Industrie statt. Die Verbände lenken nur von ihrer eigenen Schwierigkeit ab, eine gemeinsame Position zu finden", sagte ein Sprecher. "Wir haben keinen Grund zu der Annahme, dass wir den Zeitplan nicht einhalten. Es sei denn, die Industrieverbände werfen dem Emissionshandel Knüppel zwischen die Beine." Den Vorschlag der Industrie, für Zeiten ökonomischen Booms eine nationale Reser-

ve an Emissionsrechten anzulegen, wird im Umweltministerium jedenfalls als "Absetzbewegung von der Selbstverpflichtung" bewertet. Ziel der klimapolitischen Offensive ist, in Europa den Ausstoß klimaschädlicher Gase von 2008 bis 2012 um acht Prozent zu verringern; Basisjahr bei diesem Vergleich ist 1990. Die Bundesrepublik will die Emissionen nach Informationen des Umweltministeriums um 21 Prozent verringern; dazu hat sich die Wirtschaft in einer Selbstverpflichtung grundsätzlich bereit erklärt. Der Emissionshandel beruht darauf, dass insgesamt nur noch eine bestimmte Menge schädlicher Gase in die Atmosphäre abgegeben werden darf. Die Unternehmen müssen Lizenzen für die durch ihre Produktion entstehende Luftverschmutzung erwerben. Die Lizenzen sollen frei gehandelt werden dürfen. Reizt ein Unternehmen seine Verschmutzungsrechte nicht aus, darf es die Restmenge an einen anderen Betrieb verkaufen. Damit dieser Handel in Gang kommen kann, muss jetzt aber in einem bundesweiten "Allokationsplan" für die Wirtschaft festgelegt werden, wie die Industrieanlagen zu bewerten und die Emissionszertifikate zu verteilen sind.

Da liegt, wie der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Winfried Hermann, erläutert, die größte Schwierigkeit. Ein Problem sei, dass dabei nicht nur der jetzige Stand der Technik zählen dürfe. Stattdessen müsse berücksichtigt werden, welche Branchen und Betriebe in den vergangenen Jahren Vorleistungen beim Klimaschutz erbracht hätten. Sie dürften beim Emissionshandel jetzt nicht benachteiligt werden. "Diese Bewertung ist in der Sache sehr schwierig", meint Hermann. "Die Lizenzen sind bares Geld wert. Deshalb wird in der Industrie ein harter Kampf um diesen Kuchen gekämpft", sagt Hermann. Seiner Ansicht nach "muss die Industrie jetzt selbst ihre Hausaufgaben bei der Verteilung der Zertifikate machen".

Viel Wind um die Windkraft

[Frankfurter Rundschau, 23.08.03] Die Förderung erneuerbarer Energien gerät unter politischen Druck. Vor allem der Windkraft bläst der Wind kräftig ins Gesicht. Der "Subventionsmentalität" in diesem Sektor müsse Einhalt geboten werden, forderte Clement und sorgte damit für Irritation in der Branche und beim kleinen grünen Koalitionspart-

ner. Kurz zuvor überraschte Bergbau-Gewerkschaftschef Hubertus Schmoldt (SPD) mit der Forderung nach einem Wiedereinstieg in die Atomkraft. In der Financial Times Deutschland forderte Schmoldt einen Verbleib in der Atomtechnologie und erklärte: "Wir müssen uns damit befassen, ob der Ausstieg aus der Kernenergie so unverrück-

bar ist, wie einige glauben."

Als "Gespensterdebatte" wiesen Umweltverbände, Sozialdemokraten und Grüne dieses Ansinnen des IGBCE-Chefs scharf zurück. Schmoldt solle sich mit solchen Vorstößen gefälligst zurückhalten, kritisierte dessen Parteikollege, der SPD-Umweltpolitiker Horst Kubatschka. Dann fuhr Wirtschaftsminister Clement mit seinen überaus gewagten Behauptungen gegen die Windkraft auf. "Wir sind in der Windenergie in den Subventionen schon jetzt so weit wie in der Steinkohle", sagte er und setzte noch einen drauf: In Kürze würden die Finanzhilfen für die Windkraft sogar "weit vor der Steinkohle" sein.

Beim Bundesverband Windenergie schüttelt man über solche Behauptungen den Kopf. "Aus öffentlichen Haushalten kriegen wir nichts", wehrt sich Ralf Bischof, stellvertretender Verbandsgeschäftsführer, gegen den fast täglich erhobenen Vorwurf der "Subventionitis". Tatsächlich wird die Windkraft - ebenso wie andere erneuerbare Energieträger - qua Bundesgesetz recht stattlich gefördert. Aber nicht mit staatlichen Finanzhilfen, sondern fast ausschließlich über eine Umlage bei den Stromkunden. Die unterstützen mit rund 0,15 Cent mehr für jede Kilowattstunde auf ihrer Stromrechnung den "grünen" Strom. Aus der Steuerkasse des Bundes, so steht es im Subventionsbericht für das Jahr 2002, flossen im vorigen Jahr gerade mal bescheidene 4,9 Millionen Euro in die Windkraft - und auch die waren nur die Restzahlungen eines längst auslaufenden Förderprogramms, das einst CDU-Forschungsminister Heinz Riesenhuber aufgelegt

hatte.

Auf Unverständnis stieß auch Clements Forderung, die staatliche Hilfe für die Windenergie könne nicht beliebig gesteigert werden, sondern müsse degressiv abgebaut werden. Genau das jedoch schreibt schon das geltende Gesetz vor. Und die druckfrische Novelle für das Erneuerbare-Energien-Gesetz, über die der Bundesumweltminister mit dem Wirtschaftsminister gerade im Clinch liegt, will die Einspeisevergütung für Windstrom noch stärker zurückschrauben.

Das Bundesumweltministerium verpackte deshalb seine Verärgerung über Clements Attacke gegen die Windkraft in eine diplomatisch-spitzfindige Replik. Die Äußerungen Clements unterstützten doch nur das Ziel der Gesetzesnovelle des Kollegen Trittin. Deutlicher machte die grüne Bundestagfraktion ihrer Verärgerung über Clement Luft. "Herr Clement muss aufpassen, dass er den Wirtschaftsstandort Deutschland mit seiner einseitigen Festlegung auf Kohle nicht beschädigt", kritisierte die energiepolitische Sprecherin der Grünen, Michaela Hustedt. Clement hatte auch erklärt, er halte den heutigen Energiemix, bei dem die Grundlast der Stromversorgung über Kohle erfolgt, für richtig. Die rot-grüne Koalition hatte sich hingegen auf eine deutliche Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Quellen im Energiemix verständigt.

Lesen Sie hierzu auch bitte die Informationen des Bundesumweltministeriums:

http://www.bmu.de/de/1024/js/sachthemen/erneuerbar/aktuell_erneuerbar/?id=1025&nav_id=11055&page=1Formularbeginn

Chaos beim Dosenpfand

Anmerkung der Redaktion: Wie Anselm Görres schon im Leitartikel klarstellte, teilen wir die Meinung, die in diesem Artikel zum Ausdruck gebracht wird, nicht. Wir möchten Ihnen trotzdem auch diese Position nicht vorenthalten, insbesondere, da uns die Art der Argumentation beim Spiegel eher überrascht hat.

[Spiegel-Online, 18.08.2003, Von Christoph Keese]

Spätestens Ende Oktober sollte der Handel dem Bundesumweltminister ein Denkmal errichten. Jürgen Trittin hat der Branche, die traditionell mit dünnen Margen auskommen muss, ein großzügiges Geschenk gemacht. Niemals zuvor ist ein einzelner Wirtschaftszweig von einem Kabinettsmitglied so reichlich mit Geld überschüttet worden. Nach einer

Studie des Wirtschaftsministeriums kann der Handel bis Oktober 450 Millionen Euro nicht abgeholtes Pfand für Getränkebehälter einstreichen. Aufwand für die Einnahme: fast null. Rendite: nahezu unendlich. Gefahr, es den rechtmäßigen Eigentümern zurückgeben zu müssen: ebenfalls fast null. Jährliche Verzinsung als Festgeld: 13,5 Millionen Euro. Und das Schönste: Noch immer ist kein Ende des Geldregens in Sicht.

Jürgen Trittin will natürlich nicht, dass dieser Schatz bei den Konzernen bleibt. Deswegen fordert er sie auf, das Geld zu spenden. "Ich finde es unanständig, wenn sich der Handel an dem von ihm selbst angerichteten Durcheinander auch noch bereichert", sagte er der "Bild am Sonntag". Das

Pfandgeld gehöre nicht den Händlern, sondern den Kunden. "Wenn die es nicht abholen, wäre es nur recht und billig, wenn der Handel das Geld einem gemeinnützigen Zweck zuführt. Viele Bürgervereine landauf, landab, die alljährlich Wald und Flur ehrenamtlich von Dosenmüll und Unrat befreien, wären froh, wenn ihr Engagement unterstützt würde."

Moralappell statt Anreizsystem

Dieses Zitat gewährt einen tiefen Einblick in das Denken des Umweltministers. Ungerührt führt Trittin seinen Kampf gegen Großkonzerne, Kapitalismus und freie Marktwirtschaft. Mit ständigem Genieverdacht gegen sich selbst verachtet er intelligente Regelsysteme, wie eine moderne Gesellschaft sie braucht, und führt stattdessen einen Glaubenskrieg. Moralappelle sind ihm wichtiger als Anreizsysteme, einseitige Schuldzuweisungen ratsamer als sachkundiger Interessenausgleich. Fehler Nummer eins in Trittins Behauptung: An dem Chaos trägt er mindestens die gleiche Schuld wie der Handel. Die jetzt gültige Verordnung stammt noch aus Klaus Töpfers Zeit als Umweltminister und hatte lange in den Schubladen geschlummert - als Ultima Ratio, falls alles andere schief geht. Trittin hat die Verordnung mit voller Absicht zum Leben erweckt, um den Druck auf Handel und Dosenindustrie zu erhöhen. Das Chaos nahm er dabei billigend in Kauf. Die Industrie hätte das verhindern können, wenn sie rechtzeitig ein alternatives System gegründet hätte. Deswegen trifft sie eine Mitschuld. Ihr jetzt aber die Alleinschuld zu geben, ist ein Indiz für Trittins Selbstgerechtigkeit.

Fehler Nummer zwei: Auch eine Spende führt das Pfandgeld nicht an die rechtmäßigen Eigentümer zurück, denn es gehört den Kunden. Sie haben keine reelle Chance, die Dosen umzutauschen. Daher wäre es die Aufgabe des Ministers, die Rechte der Schwächsten im jetzigen System zu wahren. Solange es kein einheitliches Retourmodell gibt, sollte Trittin das Dosenpfand aussetzen. Nur wenn er das sofort tut, wendet er weiteren Schaden ab. Eine Spende an Bürgervereine ist keine gerechte Alternative. Trotzdem findet Trittin, das moralisch minderwertige Geld von Konsumenten sei bei den ethisch höher stehenden Bürgerinitiativen besser

aufgehoben.

Falsches Umweltargument

Fehler Nummer drei: Die vielen Helfer, die den Wald nach Dosen absuchen, gibt es gar nicht. Sonst würden Bürgerinitiativen mit Lastwagen voller Dosen vor den Geschäften aufkreuzen und das Pfand verlangen. Von dem Argument, dass sie keine Gutscheine dafür haben, würden echte Bürgerrechtler sich nicht aufhalten lassen. Wenn bis Oktober 450 Millionen Euro Pfand auflaufen, entspricht das 1,8 Milliarden Dosen, die irgendwo herumliegen. Niemand aber hat damit bisher eine große dosenpolitische Aktion inszeniert - die Bewegung ist kleiner, als der Minister glaubt.

Fehler Nummer vier: Die Getränkedose ist viel weniger schädlich für die Umwelt, als Trittin das glauben machen will. Sie verbraucht weniger Material und Energie als früher. Es gibt ernst zu nehmende Studien, die der Dose eine bessere Energiebilanz zuschreiben, als das Ministerium behauptet. Doch dieses Argument spielt derzeit keine Rolle. Trittin hat die Dose ja nicht verboten, er belegt nur bestimmte Getränkesorten mit Pfand, unabhängig von ihrer Verpackung. Solange er die Dose nicht wie die Tabakwerbung abschaffen will, plädiert er selbst gar nicht auf Schädlichkeit, sondern nur für vollständiges Einsammeln.

Das führt zu Fehler Nummer fünf: Für das Einsammeln der Dosen und Flaschen braucht man kein eigenes Pfandsystem. Es reicht, wenn sie in den Hausmüll fliegen. Moderne Recycling-Anlagen sortieren die Getränkebehälter problemlos aus. Trittin hätte sein Ziel besser erreicht, wenn er die Recycler motiviert hätte, in ihre Anlagen zu investieren. Aus welchem Gesichtspunkt man das Pfandmodell auch betrachtet: Es ist ein Desaster. Längst hätte der Kanzler seinen Umweltminister zur Ordnung rufen und das Dosenpfand streichen müssen. Dass er das nicht tut, kann nur einen Grund haben: Falls Joscha Fischer Außenminister in Brüssel wird, sollen die Grünen wohl das Außenministerium behalten. Mangels Alternative käme dafür nur Trittin in Frage. Die Diplomaten auf der ganzen Welt dürfen sich schon freuen: Sie müssen sich dann mit einem Dogmatiker herumschlagen.

6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL

Einigung im EU-Parlament und Ministerrat über EU- Emissionshandelsrichtlinie

[<http://www.germanwatch.org>] Die Rahmenbedingungen für den europaweiten Emissionshandel sind nunmehr

durch die Einigung zur entsprechenden Richtlinie im EU-Parlament und folgend im Ministerrat fertig gestellt. Nun müssen die Nationalstaaten weitere Aufgaben ausführen, um das System funktionsfähig zu machen. Durch den Emissionshandel werden fast die Hälfte der CO₂-Emissionen der EU reguliert.

Im Folgenden geben wir eine Darstellung von Nat-source in eigener Übersetzung gekürzt wieder:

"Am 2. Juli verabschiedete das Europäische Parlament die Europäische Richtlinie für ein Emissionshandelssystem (ETS). (...) Vom 1. Januar 2005 an müssen Unternehmen aus vom System abgedeckten Sektoren in allen 15 EU-Mitgliedsstaaten (MS) und 8 Beitrittsstaaten ihre CO₂-Emissionen in zwei Perioden, von 2005-2007 und 2008-2012, auf zugeteilte Niveaus begrenzen. Die europäische Industrie hat nun ein klares Signal, dass Handel mit Treibhausgasen für ihre Zukunft wichtig sein wird.

Aufgrund der Tatsache, dass bei der Berechnung der 20-MW-Grenze alle On-Site-Verbrennungsaktivitäten zusammengefasst werden, wird erwartet, dass die Anzahl der abgedeckten Betriebsanlagen mehr als 12.000 beträgt. Es wird erwartet, dass die Richtlinie auch von den Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums und von der Schweiz übernommen werden wird, was die Reichweite auf potentiell 27 Länder ausdehnt.

Die Richtlinie stellt viele der Sachverhalte für Unternehmen klar, aber es gibt noch vieles, was von den einzelnen Mitgliedsstaaten (MS) entschieden werden muss.

Was entschieden worden ist:

- Das System beginnt am 1. Januar 2005, die erste Phase läuft von 2005-2007 und die zweite Phase von 2008-2012.
- Nur CO₂ wird in die erste Phase aufgenommen, mit dem Potential, dies von 2008 an auf die anderen 5 Treibhausgase auszuweiten.
- Nur ursprünglich im Annex 1 abgedeckte

Sektoren werden in die erste Phase aufgenommen, aber die Richtlinie hebt den Wunsch hervor, die Chemie- und Aluminium-Sektoren von 2008 an vollständig aufzunehmen.

- Die Optout-Klausel gilt für Anlagen, NICHT für Sektoren und nur für die erste Phase.
- Mögliche Versteigerung von bis zu 5% der Emissionserlaubnisse für die erste Phase und bis zu 10% für die zweite Phase; es ist allerdings Sache der MS, ob sie diese Option nutzen.
- Einschluss von Credits aus JI- und CDM-Projekten ab 2008 durch die Verbindungsrichtlinie, die als Zusatz an die Emissionshandelsrichtlinie angefügt werden wird.
- Strafen:
 - 40 EUR pro Tonne CO₂ für 1. Phase
 - 100 EUR pro Tonne CO₂ für 2. Phase
 - Ausgleich des Rückstands im folgenden Kalenderjahr

Was die Mitgliedsstaaten noch entscheiden müssen:

- MS müssen nationalen Allokationsplan (NAP) bis 31. März 2004 an die EU-Kommission einreichen. EU hat Vetorecht über NAP. Der NAP wird benennen:
 - Baseline und Zielniveau
 - Kontingente der einzelnen Betriebsanlagen
 - Jährliche Zuteilung während der Phasen
- MS entscheidet über Übertragung von Emissionserlaubnissen aus der ersten in die zweite Phase.
- MS entscheidet, welche Betriebsanlagen er ausschließen will - nur wenn durch äquivalente nationale Maßnahmen abgedeckt.

Zeitplan:

- Ende September 2003: Kommission gibt Anleitung zu Überwachung, Berichterstattung und Registrierungen heraus.

- Vor Ende 2003: Anleitung der Kommission dazu, wie MS Kriterien für NAPs implementieren sollten.
- 31. März 2004: Frist für MS zur Einreichung der NAP an die Kommission.
- 1. Januar 2005: System beginnt.(...)"

Österreichs Umweltminister Pröll: Biomasse statt Atom

[Franz Alt, <http://www.sonnenseite.com>, 31.07.2003] Weder die Atomenergie noch fossile Energien sind mit einer zukunftsfähigen Politik und Wirtschaft vereinbar. Das machte Österreichs Umweltminister Josef Pröll in einem Interview mit der renommierten Zeitschrift "Ökoenergie" deutlich. Klimaschutz und Erneuerbare Energien, so der Minister, haben in der österreichischen Politik Vorrang.

Der konservative Minister wörtlich: "Wir wollen im Jahr 2008 in Österreich einen Ökostromanteil von 78 Prozent erreichen. Der Einsatz von Biomasse soll bis 2010 um 75 Prozent gesteigert werden."

Minister Pröll verwies darauf, dass diese Ziele im

neuen Regierungsprogramm der österreichischen ÖVP/FPÖ-Regierung festgeschrieben sind. In der Biomasse-Energiegewinnung ist Österreich schon heute Europa- und wahrscheinlich sogar Weltmeister. Pröll bekräftigt auch für die Zukunft: "Wir werden bei der Biomasse einen absoluten Schwerpunkt setzen."

Damit hat Österreich weit ehrgeizigere Ziele als die EU oder Deutschland. In Österreichs neuer Regierung sitzen neben Pröll als derzeitigem Umweltminister drei weitere ehemalige Umweltminister. Zur Atomenergie sagt Pröll: "Das klare Ziel ist weiterhin der Ausstieg Europas aus der Atomenergie."

UK opens European emissions trading debate

[Environment Daily 1494, 14/08/03] Großbritannien hat in ganz Europa eine Diskussion veranlasst, wie man den Emissionshandel betreibt. In Großbritannien werden bereits einige Einrichtungen in das Emissionshandelskonzept miteinbezogen.

The UK kicked off a Europe-wide debate over how to carve up emissions allowances between companies due to come under the nearly finalised EU carbon emissions trading directive. Britain's environment ministry is consulting on how to produce a national allowance allocation plan. In Britain about 2,000 installations, including power stations, oil refineries and heavy industrial plants and accounting for about half of national carbon dioxide (CO₂) emissions, will be involved in the first phase of the EU scheme from 2005-2007. National plans for allocating allowances across industry sectors and for individual plants are required from all 25 member states and accession countries by the end of March next year. By this autumn at the latest the UK and

other countries face the tricky challenge of setting national emissions caps for the scheme within which allocation plans must operate. These will affect the price of emission allowances across the whole of Europe.

In Britain, business is urging a cap set in line with the country's official Kyoto obligation of a 12.5% cut in 1990 levels of greenhouse gas emissions by 2008-12, equating to 8-9% of CO₂ emissions. In this case the UK would likely become a net seller of allowances as the target is widely predicted to be met. However, environmental groups are urging the government to align the cap with its national target of a 20% cut in CO₂ by 2010. In this case Britain could well fall short and UK firms are likely to find themselves bidding for allowances, pushing up their price across Europe.

The consultation paper: <http://www.defra.gov.uk/corporate/consult/eu-emissions/consultdoc.pdf>

Better ways for the US than ignoring climate change

[Leader Wednesday, The Guardian, 06.08.2003] Auch Amerika muss erkennen, dass es mehrere Wege gibt, den Klimawandel aufzuhalten bzw. zu verzögern.

There is no doubt that the current spell of hot, humid weather coiled around the northern hemisphere is having devastating consequences for the globe.

Whether it is wilting crops in Pakistan or expanding railway tracks in Britain, the deleterious effects are all too apparent. Evidence increasingly points to a weather system shaped more and more not by nature but by humanity. The pattern of industrial development of modern day society appears to be producing too much pollution for the world to cope

with. The effects will irrevocably remake the climate for the worse. Warning voices, carrying the threat of a future dystopia, are becoming clearer and more insistent. In today's paper John Schellnhuber, the head of Britain's foremost climate change Think Tank, describes how the "parching heat experienced now could be a standard expression of an extreme overall development". Sir John Houghton, the former head of the Met Office, compared climate change to a weapon of mass destruction. "Like terrorism, this weapon knows no boundaries. It can strike anywhere, in any form - a heat wave in one place, a drought or a flood or a storm surge in another." Respected scientists warn climate change could make the planet too hot for life itself. It may be true that the earth's atmosphere is being altered sluggishly and in an indeterminate manner - but neither of these is a reason for inaction. Global warming is becoming part of the present. The 1990s was the hottest decade in the millennium - and 1998 was the warmest year. Bizarrely, the weight of the evidence required for policymakers around the world to act decisively is not great enough for the world's greatest polluter, America. On gaining office, the Bush administration, with its roots in oil and big business, withdrew unilaterally from the biggest international commitment to cut greenhouse gas emissions - the Kyoto protocol. To gain some scale of how reckless this act of political vandalism was consider this: if US states were independent nations they would comprise 25 of the top 60 nations that

emit greenhouse gases - Texas's emissions alone exceed France's.

Washington has deployed a mixture of indifference to the pressing nature of climate change and incredulity that anybody else was prepared to do anything about it. This was, and is, a dangerous act. Kyoto has still not come into force - Russia has yet to sign up. Even worse is that new data suggests Kyoto, designed when climate change was thought to be less destructive, will be out of date by the time it becomes effective. Changing the way we live and consume the earth's resources will impose economic costs today for environmental returns tomorrow. The future should see industry reducing carbon dioxide emissions. Energy-efficient homes and cleaner transport will help alleviate urban smog. Eventually new technologies will emerge that see green power replace fossil fuels which adversely affect the atmosphere. This tomorrow will only come into existence if governments produce policies that encourage a new form of development. Urgent changes are needed - the billions in India and China cannot live as the world's wealthy do today. More cash for alternative energy sources, making polluters pay and removing subsidies for dirty fuels, are first steps. Poor countries, which will suffer most from extreme weather conditions, will need cash and help to deal with problems that rich nations, acting irresponsibly, have created for them. America should realise there are many ways to tackle climate change but ignoring it is not one of them.

EU will Treibhausgase reduzieren

[Frankfurter Rundschau, 14.08.03] Um den Klimaschutz voranzubringen und das im Kioto-Protokoll verabredete Ziel der Reduzierung von Treibhausgasen zu erreichen, geht die EU-Kommission nun gegen fluorierte Gase vor. Die machen zwar nur einen geringen Teil der Treibhausgase aus, richten aber, weil langlebig und hochwirksam, überproportionalen Schaden an.

Passend zur Hitzewelle in Europa will Umweltkommissarin Margot Wallström die Emission bestimmter Gase nun per Verordnung in den Griff kriegen. In dem dazu am Mittwoch veröffentlichten Vorschlag heißt es, dass anderenfalls die Menge der fluorierten Gase, die in die Atmosphäre entweichen, bis 2010 deutlich ansteigen werde. 1995 machten sie - umgerechnet auf die wirkungsgleiche Menge Kohlendioxid - 65 Millionen Tonnen aus und würde

bei Untätigkeit auf 98 Millionen steigen. Im Visier der Kommission sind drei Gase: fluorierte Kohlenwasserstoffe (FCKW), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (PFC) und Schwefelhexafluorid. Sie finden Anwendung etwa in Klimaanlage, Kühlschränken, Schaumstoffen, Reifen - und auch die neueste Idee einer selbst kühlenden Getränkedose dürfte mit Wallströms Vorstoß erledigt sein.

Der Grad der Gefährlichkeit dieser Gase belegt Wallström am Schwefelhexafluorid. Dessen "Treibhauspotential" sei 23.900 Mal höher, als das von Kohlendioxid, dem am häufigsten vorkommenden Treibhausgas. Mit drei verschiedenen Instrumenten will die Umweltkommissarin des Problems Herr werden: Erstens sollen die Emissionen durch bessere Kontrolle der Geräte reduziert werden. So sind verschärfte und häufigere Kontrollen von Klima-

Kühl- oder Brandschutzanlagen vorgesehen. Außerdem sollen Systeme zur direkten Erkennung von Lecks in großen Anlagen eingeführt werden. Bei der Verschrottung von Maschinen müssen die Gase zurück gewonnen werden. Zweitens wird die Verwendung der fluorierten Gase beschränkt. Das betrifft vor allem Fahrzeugreifen, Spraydosen, die selbst kühlende Getränkedose, aber auch Hersteller von Laufschuhen, deren Sohlen mit Gasbläschen weich gemacht werden.

Drittens - und nach Ansicht der Kommission am wichtigsten -, ist der "schrittweise Ausstieg" aus der Verwendung des Gases HFC-134a in Klimaanlage von Fahrzeugen. Sollte da nicht durchgegriffen

werden, dann werde der Ausstoß, gemessen in Kohlendioxid-Tonnen, von 1,4 Millionen (1995) auf 20 Millionen im Jahre 2010 steigen. Bis 2013 soll die Verwendung dieses Gases in Neufahrzeugen auslaufen. Mit ihrer Verordnung hofft Wallström bis 2010 die Emission von fluorierten Gasen im Schadensumfang von rund 28 Millionen Tonnen (Kohlendioxidäquivalent) verhindern zu können. Ob das gelingt hängt nun davon ab, ob das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten die Verordnung unverändert passieren lassen. In Brüssel wird mit heftiger Lobbyarbeit der betroffenen Industrien gerechnet.

Das Ozonloch wächst langsamer

[Franz Alt, <http://www.sonnenseite.com>, 03.08.2003] Was Professor Crutzen, Nobelpreisträger für Chemie und Direktor am Max-Planck-Institut in Mainz, schon vor einem halben Jahr vermutete, wird jetzt von Michael Newchurch von der University of Alabama in Huntsville bestätigt: Das Ozonloch wächst langsamer.

Es gibt Hoffnung auf eine Wende am Himmel. Wissenschaftler Newchurch: Heute zerstören nur noch halb so viel Fluor-Chlor- Kohlenwasserstoffe (FCKW) in der oberen Stratosphäre - also in 35 bis 40 Kilometern Höhe - die Ozonschicht wie vor 20 Jahren. Die Gashülle der Erde schrumpft zwar noch immer, aber langsamer und wird wahrscheinlich bald wieder wachsen.

Damit ist bewiesen, dass das FCKW-Verbot aus dem Jahr 1987 erste Wirkung zeigt. Bewiesen ist allerdings auch: wer in der Umweltpolitik erfolgreich sein will, braucht Geduld und einen langen Atem. Denn schon vor 29 Jahren haben US-Forscher erkannt, dass einige Kühl- und Treibmittel die vor den UV-Strahlen der Sonne schützende Ozonschicht zerstören. Seither macht das wachsende Ozonloch

eine beinahe einmalige globale Medien-Karriere. Millionen Hautkrebserkrankungen, Schleimhautentzündungen und Erblindungen bei Menschen und Tieren gehen darauf zurück. Mehr als ein Hoffnungszeichen sind die neuesten Messungen freilich noch nicht. Denn gefährlich bleibt das Schrumpfen der Ozonschicht noch mehrere Jahrzehnte, hauptsächlich deshalb, weil auf 20 bis 35 Kilometern Höhe die Gasschicht weiter stark schrumpft und noch immer größere Ozonlöcher entstehen. Und in dieser Höhe wird 80 Prozent des UV-Lichts absorbiert.

Das Ozonproblem ist also noch lange nicht gelöst, aber eine Lösung wird sichtbar. Der Abbau in den tieferen Ozonschichten geht freilich nicht nur auf FCKW zurück, die seit 16 Jahren verboten sind, sondern auch auf Treibhausgase wie CO₂. Wer die unteren Ozonschichten wirksam schützen will, muss sich dem viel schwierigeren Thema Klimaschutz zuwenden und das Verbrennen von Kohle, Gas und Erdöl einschränken und schließlich verbieten so wie einst der Einsatz von FCKW verboten wurde.

7. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

"In the study "Umweltbewusstsein in Deutschland 2002" - described in News 22 - the "Ökosteuern" is rated very negatively from a social perspective by a large majority of the population.

This suggests that it would be wise for this Verein and its News to open a chapter "Social aspects of

"Ökosteuern". Just like now many informations are included on environmental issues and organisations, in the future similar informations from labour unions and publications should be presented to improve the knowledge and political wisdom on the social aspects. It is clear that the original design of

Oekosteuer Reform by Hans Binswanger, Ernst von Weizsaecker and others has always included the condition of "revenue neutrality". This means that the revenue from each new "Ökosteuer" must at the same time be 'recycled' into the economy and that inevitably has social consequences. In Germany most of the revenue is now recycled into the pensionsystem, which is almost invisible and very difficult to explain to most citizens. This route also causes a long delay in the recycling to the citizens.

It is very understandable that many Germans now believe that "Ökosteuer" is 'just an additional tax', unfortunately. The new steps of reduction of taxation in Germany can very well be used to introduce at the same time higher "Ökosteuer" tariffs - or new "Ökosteuer" on CO2 or water, etc - with a correct compensation via reduction of income taxes. That would regain the credibility of the "Ökosteuer" Reform and protect the environment and social justice at the same time: a triple dividend."

8. JOBS

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung sucht PraktikantIn

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH, Berlin, sucht im Bereich "Umweltpolitik und -ökonomie" eine(n) PraktikantIn.

Wissenschaftliche Schwerpunkte des Forschungsfeldes liegen in den Themenbereichen, umweltpolitische Instrumente und Steuerungsformen, ökologischer Strukturwandel, Nachhaltigkeit und Innovation, Aspekte der Globalisierung sowie ökologisch-ökonomische Bewertung.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der Mitarbeit in aktuellen Forschungsprojekten zu den Themen Ökologische Innovationspolitik sowie Ökologische Finanzreform.

Gewünschte Fähigkeiten:

Vorkenntnisse (mindestens Vordiplom) in Wirtschafts- oder Politikwissenschaften, Interesse an ökologischen Fragestellungen, erste Erfahrungen mit empirischer Arbeit, Kreativität und schnelle Auffassungsgabe, Computerkenntnisse Standardanwendungen, gute Englischkenntnisse.

Das Praktikum wird mit 256,- Euro/ Monat vergütet.

Die Dauer sollte mindestens 2 bis 3 Monate betragen, gerne auch länger.

Beginn ab November 2003.

Bitte kurze schriftliche oder E-Mail Bewerbung an IÖW, FF2, Jesko Hirschfeld, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin, <mailto:Jesko.Hirschfeld@ioew.de>

Institute for Advanced Studies – Fellowship Programme

The Institute for Advanced Studies on Science, Technology and Society (IAS-STs) offers five grants (EUR 1,000.- per month) for fellowships at the IAS-STs in Graz starting 1 October 2004, ending 30 June 2005.

The IAS-STs promotes the interdisciplinary investigation of the links and interactions between science, technology and society as well as research on the development and implementation of socially and environmentally sound technologies. The IAS-STs provides the necessary research infrastructure, while a number of guest lecturers and workshops foster an atmosphere of creativity and scholarly discussion.

Issues of the fellowship programme:

1. Gender – Technology – Environment
2. Ethical, Legal and Social Aspects of Genome Research and Biotechnology
3. Technology Studies and Sustainability

The grant application must be submitted together with an application for a fellowship to the IAS-STs. Prof. Arno Bamme, Director of the IAS-STs, decides on the awarding of fellowships and grants in consultation with the Scientific Advisory Board. Please note that it is also possible to apply for a fellowship without a grant or to apply for a short-term fellowship without grant (not longer than one month: Visiting Fellows). We also encourage senior scientists to apply as guest lecturers.

Closing date for applications is 15 January 2004.

For application forms and further information: Please visit our website: www.sts.tu-graz.ac.at

Institute for Advanced Studies on Science, Tech-

nology and Society (IAS-STs), Attn. Guenter Getzinger, Kopernikusgasse 9, A-8010 Graz – Austria,

<mailto:info@sts.tu-graz.ac.at>

9. LINKS UND PUBLIKATIONEN

Flächenpolitische Steuerungsinstrumente und deren soziale Akzeptanz

Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) Tübingen untersucht in einem Forschungsprojekt eine Reihe von „Ökonomischen Steuerungsinstrumenten“, d.h. finanziellen Anreizmechanismen, die auf eine Begrenzung von Flächenverbrauch und Bodenversiegelung abzielen.

Im Rahmen des Projekts wurde bereits ein neuartiges Steuerungsinstrument, die so genannte „Baulandausweisungsumlage“ (BLAU), entwickelt. Nach diesem Konzept müssten die Kommunen ein

am Flächenumfang der neu ausgewiesenen Baugebiete bemessenen Umlagebetrag an den Bund bzw. das Land abführen.

Einen Schwerpunkt des Projekts bildet die Frage nach der sozialen Akzeptanz einzelner flächenpolitischer Steuerungsinstrumente. Informationen zu dem Projekt findet man unter:

<http://www.uni-tuebingen.de/iaw/projekte/c05.html>

10. VERANSTALTUNGEN

11.09.2003, Berlin: Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft

Veranstaltung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. und des Fördervereins Ökologische Steuerreform zum „Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ im Umweltbundesamt.

Das Programm der Tagung finden Sie hier: <http://www.foes-ev.de/110903Programm.html>

Anmeldungen an: Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Bonn, Geschäftsstelle: Siemensring 54, 76761 Rülzheim, Tel. 07272/3648 Fax 07272/76612, <mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de>, <http://www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de>

18.09. – 19.09.2003, Augsburg: 3. Internationale Kongressmesse für Holzenergie

Themen u.a.: Welche Auswirkungen wird die Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) auf den biogenen Strommarkt haben? Welche Möglichkeiten der Förderung des biogenen Wärmemarktes gibt es?

Begleitet wird die Veranstaltung von der gleichnamigen Fachmesse vom 18. – 21. 09, auf welcher in-

novative Technologien besichtigt und wichtige Kontakte geknüpft werden können.

Veranstalter: Bundesverband BioEnergie e.V. (BBE), Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn, <mailto:info@bioenergie.de>, <http://www.bioenergie.de>

19.09. - 21. 09.2003, Loccum: Nachhaltige Vorsorge

Die Bundesregierung hat einen Rat für Nachhaltige Entwicklung eingesetzt, der Vorschläge auf seiner Jahrestagung Anfang Oktober der Öffentlichkeit vorstellen wird.

An den Beratungen sind neben Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auch die Kirchen beteiligt. Ihre theologisch begründete Sichtweise fragt nach den gerechten Beziehungen und verantwortbarer Freiheit im Umgang mit der von Gott anvertrauten Schöpfung. Ist dies anschlussfähig im „säkularen“ Diskurs?

Ziel der Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum ist, gesellschaftlich konsensfähige, ethische Orientierung hervorzuheben, die nachhaltiges Handeln anzuleiten vermögen. Sie dient so der Reflexion langfristig zukunftsfähiger Perspektiven. Sie können sich zu dieser Tagung über die e-mail-Adresse <mailto:Petra.Fleischer@evlka.de> anmelden.

Bitte nennen Sie dabei die Tagungsnummer 56/03 oder den Titel "Nachhaltige Vorsorge". Dort können Sie auch das Programm anfordern.

Weitere Informationen: <http://www.loccum.de>

26.09.-27.09.2003, Aachen: Aachener Solartage

Wie kann ich die Energie der Sonne zur Warmwasserbereitung oder zur Unterstützung der Heizung nutzen? Was kostet es, mit Solarzellen Strom zu erzeugen? Antworten auf diese und weitere Fragen rund ums Thema „Sonnenenergie“ finden Interessierte bei den 2. Aachener Solartagen. Veranstalter sind die Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), zu den Kooperationspartnern zählen unter anderem Solarfachfirmen und Beratungseinrichtungen. Die Energieagentur NRW informiert an einem Stand, an dem auch die Verbraucherzentrale und das Forschungszentrum Jülich beteiligt sind. Aachener Bürger können sich am 26. und 27. September am Holzgraben in der Aachener Innenstadt (Peterstraße/ Ursulinerstraße) über die Themen Solarthermie und Photovoltaik informieren und unverbindlich beraten lassen. Ein buntes Programm erwartet die Besucher am Freitag von 10 bis 19 Uhr und am Samstag von 10 bis 18 Uhr. Ansprechpartner: Peter Zimmermann, E.V.A. Energieversorgungs- u. Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Tel. 0241/ 181-275, Fax: 0241/ 181-872,

<mailto:peter.zimmermann@stawag.de> , <http://www.ea-nrw.de/infopool/frame.asp?InfoID=1503>

26.09.-27.09.2003, Berlin: Energiekonferenz

In der Energiepolitik stehen wir in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. In Deutschland müssen in den nächsten 10-20 Jahren die Hälfte der Kraftwerke ersetzt werden. Umweltverträglich, effizient und versorgungssicher muss die Energiewirtschaft sein. Dafür fordert die Industrie verlässliche Rahmenbedingungen.

- Wie können wir stärker zur Energieeinsparung anregen?
- Welche Anteile können die Erneuerbare Energien in Zukunft haben?
- Hat die Kohle noch Platz in einer klimafreundlichen Energieversorgung?
- Wie machen wir Deutschland zum Innova-

tionsstandort für Kraftwerks- und Energietechnologien? Kurzum: Wer wird investieren und wohin sollen die Investitionsmilliarden fließen?

- Und welche Rahmenbedingungen muss die Politik für Umweltschutz und Wettbewerb setzen?

Darüber wollen wir mit den Ministern **Jürgen Trittin** und **Wolfgang Clement**, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft und mit Ihnen diskutieren. In den verschiedenen **Workshops** gibt es Gelegenheit, die aktuellen energiepolitischen Fragen vertieft zu behandeln. Auch auf internationaler Ebene stehen wir vor der Herausforderung, dass sich in absehbarer Zeit der weltweite **Energieverbrauch** verdoppeln wird. Dafür brauchen wir eine internationale und europäische Strategie. Welchen Beitrag wird die internationale Konferenz für Erneuerbare Energien im Sommer 2004 in Bonn leisten können, zu der die Bundesregierung weltweit einlädt? Am Freitag werden wir dies mit internationalen und europäischen Gästen diskutieren.

Programm und Anmeldung: http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs_rubrik/0,,4995,00.htm

28.09. - 5.10.2003, deutschlandweit: Europäische Biomasse-Tage der Regionen

Institutionen und Firmen, die Biomasse nutzen oder erzeugen bzw. als Energiequelle oder Rohstoff erforschen, stellen in der Zeit vom 28. September bis 5. Oktober 2003 der Öffentlichkeit ihre Einrichtungen und Projekte vor.

Anfänglich lautete der Titel der Veranstaltung "Europäischer Biomassetag der Regionen", da sie nur an einem bestimmten Samstag bzw. Sonntag im Oktober stattfand. Ab dem Jahr 2002 wurde sie auf eine Woche ausgeweitet, in der die Projekte einen oder mehrere Tage für ihre Aktionen auswählen können. Ebenso sollen dadurch beispielsweise Schulklassen die Möglichkeit bekommen, am Werktag Projekte zu besuchen. Daher sprechen wir jetzt von den "Europäischen Biomasse-Tagen der Regionen". Während dieser Tage werden dezentral an vielen Orten in Europa Firmen, Institutionen und Projekte, die Biomasse als Energiequelle oder Rohstoff nutzen oder sich mit deren Nutzungsmöglichkeiten beschäftigen, einen Tag der offenen Tür durchführen.

Weitere Informationen: <http://www.biomasse-tage.org/>

30.09.-04.10.2003, Wales: INFORSE Pan-European Sustainable Energy NGO Seminar

Place: Center for Alternative Technology (CAT), Wales, UK. Price: 300 EUR, which covers accommodations, food, and excursion expenses.

The Seminar will give highlights of

- modern sustainable energy solutions;
- EU policy for sustainable energy and energy market developments;
- Cooperation for sustainable energy, and much more....
- Including the unique opportunity to get an excursion in Wales and a guided tour at the CAT center (<http://www.cat.org.uk>)

Read Draft Program and download the Application Form at: <http://www.inforse.org/europe/seminar.htm>

03.10. - 05.10.2003, Loccum: Ökologie & Frieden in krisenträchtigen Regionen - Der Beitrag der Wirtschaft

in Zusammenarbeit mit *InWEnt* und *UNEP Finance Initiatives*

- Wie kann es gelingen, privates Kapital in solche Situationen zu lenken, die es am nötigsten gebrauchen: Krisen gefährdete Regionen, in denen gravierende ökologische und soziale Probleme konfliktuell zu eskalieren drohen?
- Vermag gezieltes umweltorientiertes Investment die soziale Stabilität im Umfeld eines Unternehmens zu stärken und damit dessen Geschäftsgrundlage auf längere Sicht zu stabilisieren?
- Können sich für Unternehmen der Privatwirtschaft Investitionen in ökologische Sicherheit auszahlen?
- Wenn ja: auf welchen Wegen lassen sich dann Prinzipien der ökologischen Sicherheit in den Investitionsentscheidungen und in den Risiko-Management-Strategien der Unternehmen zum Tragen bringen?
- Über welche Möglichkeiten verfügen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure, um gezielte unternehmerische Investitionen in ökologische Sicherheit zu fördern?

Diese und verwandte Fragen stehen im Mittelpunkt

der o.g. internationalen Konferenz im kommenden Oktober, in der im Dialog zwischen Vertretern von Unternehmen, Behörden und der Zivilgesellschaft nach effektiven Strategien gesucht werden soll, die Prinzipien der Umweltvorsorge und der Konfliktprävention miteinander zu verbinden bzw. füreinander fruchtbar zu machen.

Das aktuelle Programm nebst Anmelde-möglichkeit ist <http://www.loccum.de/program/p0359.html> über <mailto:Ilse-Marie.Schwarz@evlka.de> oder kann angefordert werden bei: Ev. Akademie Loccum, Frau Schwarz, Tel. 05766 / 81-116, Fax: 05766 / 81-900, <mailto:Ilse-Marie.Schwarz@evlka.de>

08.10. - 09.10.2003, Gelsenkirchen: Zukunftsenergien im Ruhrgebiet - Bilanzen und Perspektiven

Veranstalter: Wissenschaftspark Gelsenkirchen GmbH, EUROSOLAR

Anmeldung unter <http://www.wipage.de/solar/s>

17.10.2003, Berlin: Lust auf Zukunft

Kommunikation für eine nachhaltige Globalisierung: Eine Konferenz von BerlinPolis in Zusammenarbeit mit der Stiftung Weltvertrag & 3plusX am 17. Oktober 2003 in Berlin.

Schirmherrschaft: Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB

Das Thema:

Die Gestaltung einer nachhaltigen Globalisierung ist derzeit mehr eine Zielprojektion als eine Zustandsbeschreibung. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Handlungs- und Entscheidungsspielräume sind gekennzeichnet durch internationale Interdependenzen. Eine globale Strukturpolitik (global governance) ist jedoch erst in Umrissen erkennbar. Nur zögerlich werden Mechanismen entwickelt, um ein Aufholen der bisherigen Globalisierungsverlierer zu ermöglichen.

Zwar feiert das Leitbild der „nachhaltigen Entwicklung“ Erfolge, vielfach ist der Begriff jedoch zur Leerformel verkommen. Zudem ist das Konzept vielen Menschen nach wie vor fremd. Allzu oft werden in seinem Namen Verzicht und rauere Zeiten verkündet. Den derzeitigen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, die maßgeblich durch die Globalisierung geprägt sind, fühlen sich viele hilflos ausgeliefert. „Veränderung“ und „Wandel“ sind

inzwischen oftmals negativ besetzte Begriffe, Chancen und Vorteile einer nachhaltigen Entwicklung werden nicht überzeugend transportiert.

Damit sich Menschen durch das Projekt Nachhaltigkeit angesprochen fühlen, müssen Wege aufgezeigt werden, wie jeder Einzelne komplexe Handlungen beeinflussen und zukunftsfähig gestalten kann. Der Nachhaltigkeitsgedanke muss in vertraute Werte und Handlungsmuster übersetzt werden:

Wie können Kommunikationsstrategien aussehen, die Menschen erreichen und mobilisieren? Wie kann die nachhaltige Entwicklung attraktiv und positiv erfahrbar werden? Wie kann der Schritt vom Wissen zum Handeln gelingen und wie kann er von wem unterstützt, gefördert und moderiert werden? Wie sollte dabei die Kommunikation innerhalb und zwischen Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft aussehen?

Die Konferenz:

Gemeinsam mit Ihnen möchten BerlinPolis, die Stiftung Weltvertrag und 3plusX diesen Fragen auf der Konferenz am Freitag, 17. Oktober 2003, nachgehen. Dazu laden wir junge Entscheidungsträger von morgen (27-40 Jahre) aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft ein, sich mit ihren Ideen und Vorschlägen einzubringen. Im Zentrum der Konferenz steht die Frage, wie Kommunikationsstrategien gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit anstoßen und den notwendigen „Wandel in den Köpfen“ (Volker Hauff) bewirken können. Drei Bereiche einer global nachhaltigen Entwicklung werden in Workshops genauer betrachtet:

- Globale Strukturpolitik
- Corporate Citizenship
- Nachhaltiger Konsum

Die Ergebnisse der Konferenz werden in einem Sammelband publiziert.

Teilnahme:

Als Teilnehmer sollen Sie die Workshops inhaltlich mitgestalten. Daher bitten wir jeden Interessierten, uns bis zum 21. September 2003 per Email ein Thesenpapier zu senden. Der Text sollte etwa 2.000 bis 3.000 Zeichen (1-2 Seiten) umfassen, eines der drei Workshop-Themen behandeln und in diesem Rahmen Thesen zu Kommunikationsstrategien enthalten. Das Thesenpapier ist Teilnahmevoraussetzung und Grundlage für die drei Workshops. Die Teilnahme ist kostenlos, Fahrt und Übernachtungskos-

ten können nicht übernommen werden.

Die Publikation, die voraussichtlich Anfang 2004 erscheint, wird Beiträge enthalten, welche die Teilnehmer nach der Konferenz aus ihren Thesenpapieren entwickeln können. Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie Interesse an einem Beitrag haben.

Ort und Zeit:

Datum: 17. Oktober 2003

Zeit: 09.00 – ca. 17.00

Ort: GTZ Haus Berlin, Reichpietschufer 20, 10785 Berlin (am Potsdamer Platz)

Programm:

09.00: Begrüßung

09.15: Eröffnung durch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul (angefragt)

09.45: Vortrag von Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB

10.15: Podiumsdiskussion mit jungen Vertretern aus BMZ, NGO, Politik, Unternehmen

11.45: Beginn der Workshops

13.00: Mittagspause mit Imbiss

14.00: Fortsetzung der Workshops

16.00: Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse

17.00: Ende der Konferenz / bei Interesse gemeinsames Abendessen

Die Veranstalter:

BerlinPolis e.V. (<http://www.berlinpolis.de>) ist ein Think Tank in Berlin zur Förderung einer progressiven Politik für die Wissensgesellschaft und die Anliegen der nächsten Generation.

Die Stiftung Weltvertrag (<http://www.weltvertrag.org>) ist eine operative Stiftung in Hamburg, die sich für ein vertragsbasiertes globales Ordnungssystem für nachhaltige Entwicklung einsetzt.

3plusX ist ein interdisziplinäres Netzwerk junger Berufstätiger in Berlin, dessen Anliegen es ist, das Leitbild der Nachhaltigkeit mit Leben zu füllen.

Partner der Veranstaltung sind das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

Anmeldungen:

incl. Abstract bis 21.09.2003 an:
<mailto:markus.vossel@berlinpolis.de>

Tel.: 030 – 44 04 78 05

Fax: 030 – 44 04 78 06

07.11. – 09.11.2003, Loccum: Energie und Antriebe für die Mobilität der Zukunft

Hochgespannte Erwartungen verbindet - nicht nur - die Volkswagen AG mit der in Kürze bevorstehenden Produktionsaufnahme von SunFuel, eines in ihrem Auftrag neu entwickelten Treibstoffs aus pflanzlicher Biomasse, der eine Reihe von technischen, ökologischen und ökonomischen Vorzügen auf sich vereinigen soll. Wie berechtigt sind solche Hoffnungen und welche industrie-, energie- und agrarpolitischen Perspektiven könnten sich eröffnen.

Veranstalter: Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg- Loccum, Tel: 05766 – 810, <mailto:eal@evlka.de>, <http://www.loccum.de>

08. 11.2003, Bonn, Kunst-Museum: Verleihung des Deutschen Solarpreises

10 Jahre Deutscher Solarpreis, Veranstalter: EUROSOLAR
Anmeldung unter: <http://www.eurosolar.org>

11.11. – 14.11.2003, Wittenberg: Workshop "Business and Emissions Trading"

Dieser internationale Workshop richtet sich speziell an Nachwuchswissenschaftler [Habilitation(inn)en, Junior-/ Assistentenprofessor(inn)en, Leiter(inn)en von Forschergruppen, Post-/Doktorand(inn)en, PhD- Student(inn)en, PhD-Fellows].

Veranstalter des Workshops sind der Lehrstuhl für Betriebliches Umweltmanagement (Prof. Dr. H.-U. Zabel) und die Professur für Umweltökonomik (Prof. Dr. B. Hansjürgens) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie die Arbeitsgruppe "OR im Umweltmanagement" in der Gesellschaft für Operations Research/GOR (Prof. Dr. P. Letmathe, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre III: Umweltökonomie der Universität Siegen).

Die Teilnehmeranzahl ist auf maximal 20 Teilnehmerinnen/Teilnehmer begrenzt. Als Gastredner und Diskussionsteilnehmer konnten international renommierte Forscherinnen und Forscher gewonnen werden. Die Details können der Homepage des Lehrstuhls für Betriebliches Umweltmanagement der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (auf der Menüleiste links "Workshop Emissions

Trading" anklicken) entnommen werden. Dort sind auch weitere Links und Informationen enthalten bzw. werden fortlaufend ergänzt:

<http://www.wiwi.uni-halle.de/loi/bwl/umwelt/>.

11.2. - 12.02.2004, Essen: Internationaler Deutscher Wasserstoff Energietag 2004

Der Internationale Deutsche Wasserstoff Energietag ist der zweite seiner Art und wird drei Teile haben: Konferenzteil, Ausstellungsteil und „Wasserstoff für die Jugend“.

Tagungsinhalte:

Wasserstoffproduktionen, elektrolytisch, aus fossilen Energierohstoffen, aus Biomasse, CO₂ - Sequestrierung, das CO₂- freie Kohlekraftwerk, Wasserstoffreformierung, Wasserstoffspeicherung, -transport und- verteilung, Wasserstoffinfrastruktur, gasförmig, verflüssigt, Nanostrukturen, Hydride, Wasserstoff Korridore und vieles mehr.

Den Vorsitz der Tagungsleitung hat Prof. Dr.-Ing. Carl - Jochen Winter , Vice President for Europe, The Association for Hydrogen Energy.

Organisation: H2Congress.de, Am Technologiepark 1, 45307 Essen, Tel./ Phone +49 (0)205.172.1260, Fax +49 (0) 201.172.1779, <mailto:info@h2congress.de>; <http://www.h2congress.de>

30./31.05.2004, Bonn, Bundeskunsthalle: Global Benefits and Policies

World Renewable Energy Forum im Vorfeld der Internationalen Regierungskonferenz für Erneuerbare Energien 2004

Veranstalter: EUROSOLAR, WCRE

Weitere Informationen unter <http://www.eurosolar.org>

06.2004, Bonn: Renewable Energy – International Conference For Renewable Energies

In June 2004 Germany will be hosting the International Conference for Renewable Energies. The Conference was announced by the Federal Chancellor Gerhard Schröder at the World Summit on Sustainable Development in Johannesburg in September 2002. More information can be found on the website <http://www.renewables2004.de>.

11. FÖS: IN EIGENER SACHE

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr

dankbar! Die Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank eG; Kontonr.: 8043713000; BLZ: 430 609 67

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter <http://www.foes-ev.de/kontakt.html>.

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (<mailto:foes@foes-ev.de>).